



Plenarprotokoll

77. Sitzung

Donnerstag, 22. April 2021

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	8992	Ausdehnung des Angebots beim Leihfahrradsystem	9012
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	8992	Tino Schopf (SPD)	9012
1 Aktuelle Stunde	8992	Senatorin Regine Günther	9012
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Tino Schopf (SPD)	9012
Der Senat bricht mit dem Mietendeckel das Grundgesetz – Rot-Rot-Grün versenkt sich selbst!	8993	Senatorin Regine Günther	9012
(auf Antrag der AfD-Fraktion)		Daniel Buchholz (SPD)	9013
in Verbindung mit		Senatorin Regine Günther	9013
49 I Sicher-Wohnen-Fonds einrichten – Mieter informieren und absichern	8993	Demonstration gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mietendeckel	9013
Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung Drucksache 18/3616		Kurt Wansner (CDU)	9013
Georg Pazderski (AfD)	8993	Senator Andreas Geisel	9013
Raed Saleh (SPD)	8995	Kurt Wansner (CDU)	9014
Burkard Dregger (CDU)	8998	Senator Andreas Geisel	9014
Anne Helm (LINKE)	9001	Benedikt Lux (GRÜNE)	9014
Sebastian Czaja (FDP)	9004	Senator Andreas Geisel	9014
Bettina Jarasch (GRÜNE)	9006	Nachforderungen aus Schattenmietverträgen nach dem Mietendeckelurteil durch die Berlinovo Immobiliengesellschaft	9014
Senator Sebastian Scheel	9009	Steffen Zillich (LINKE)	9014
Ergebnis	9011	Senator Dr. Matthias Kollatz	9014
2 Fragestunde	9012	Steffen Zillich (LINKE)	9015
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senator Dr. Matthias Kollatz	9015
		Harald Laatsch (AfD)	9015
		Kontrolle der Corona-Arbeitsschutzverordnung	9015
		Sabine Bangert (GRÜNE)	9015
		Senatorin Elke Breitenbach	9015
		Sabine Bangert (GRÜNE)	9016
		Senatorin Elke Breitenbach	9016
		Stefan Ziller (GRÜNE)	9016

und	Dirk Stettner (CDU)	9089
	Tim-Christopher Zeelen (CDU)	9090
49 E Frühkindlichen Bildungsnotstand sofort beenden und Eltern entlasten – Kindertageseinrichtungen inzidenzunabhängig für den Regelbetrieb öffnen	Dirk Stettner (CDU)	9090
	Torsten Schneider (SPD)	9090
	Tommy Tabor (AfD)	9093
	Franz Kerker (AfD)	9095
	Carsten Schatz (LINKE)	9096
Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion	Paul Fresdorf (FDP)	9100
Drucksache 18/3612	Florian Kluckert (FDP)	9102
und	Benedikt Lux (GRÜNE)	9102
	Florian Kluckert (FDP)	9102
49 F Keine Ausgangssperren für Bürgerinnen und Bürger – § 28b IfSG verfassungsgerichtlich prüfen!	Maik Penn (CDU)	9103
	Florian Kluckert (FDP)	9103
	Nicole Ludwig (GRÜNE)	9104
	Maik Penn (CDU)	9104
	Nicole Ludwig (GRÜNE)	9104
	Andreas Wild (fraktionslos)	9107
Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP	Ergebnisse	9108
Drucksache 18/3613	Beschlusstexte	9128
und		
49 G § 5 Testpflicht für Schülerinnen und Schüler – Änderung der neunten Verordnung zur Änderung der Schul-Hygiene-Covid-19-Verordnung, VO-Nr. 18/341, Drs 18/3587	4.6 Priorität der Fraktion der Die Linke	9110
	7 Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über Selbstbestimmung und Teilhabe in betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen	9110
Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung vom 15. März 2021 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 14. April 2021	
Drucksache 18/3614	Drucksache 18/3580	
und	zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3420	
51 A Zweite Verordnung zur Änderung der Zweiten Krankenhaus-Covid-19-Verordnung	Zweite Lesung	
	Stefanie Fuchs (LINKE)	9111
	Tim-Christopher Zeelen (CDU)	9112
	Carsten Ubbelohde (AfD)	9112
	Tim-Christopher Zeelen (CDU)	9112
	Ulker Radziwill (SPD)	9113
	Franz Kerker (AfD)	9114
	Fadime Topaç (GRÜNE)	9115
	Thomas Seerig (FDP)	9116
	Senatorin Dilek Kalayci	9117
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 4 Abs. 2 des Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetzes, zugleich Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 des Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetzes	Ergebnis	9119
Drucksache 18/3608		
und		
51 B Zweite Verordnung zur Änderung der Zweiten Eingliederungshilfe-Covid-19-Verordnung	5 Entwurf für ein dreizehntes Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes	9119
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 24. März 2021	
	Drucksache 18/3537	
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 4 Abs. 2 des Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetzes, zugleich Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin und § 3 des Berliner COVID-19-Parlamentsbeteiligungsgesetzes		
Drucksache 18/3609		
Zitieren von Senatsmitgliedern (Senatorin Dilek Kalayci)		9086
Tim-Christopher Zeelen (CDU)		9086

Dirk Stettner (CDU):

Sofort! – Bitte schön, Herr Zeelen!

Tim-Christopher Zeelen (CDU):

Ich wollte fragen, wie denn das Testen an den Berliner Schulen aus Ihrer Sicht aussehen könnte.

Dirk Stettner (CDU):

Vielen Dank für diesen wertvollen Hinweis für meine letzte Minute! Danke schön!

[Heiterkeit bei der CDU und der SPD –
Beifall von Jeannette Auricht (AfD)]

Lassen wir diesen Wahnsinn auf Kosten der Gesundheit unserer Kinder und der Lehrkräfte sein und testen wir draußen vor der Schule mit Fachkräften! Im Ausschuss haben wir das vorgeschlagen; die Aussage war: Es gibt keine Fachkräfte. – Zwei Telefonate –

[Torsten Schneider (SPD): Mit Herrn Heilmann?]

und zwei Testzentren sind bereit, sofort Testungen vor Schulen durchzuführen. Das ist von diesem rot-rot-grünen Senat zu erwarten, dass er zum Schutz unserer Kinder alles dafür tut, dass Testungen vor den Schulen durchgeführt werden können. Wir bitten Sie, das zu ändern, damit wir für die Gesundheit unserer Kinder Sorge tragen können. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Schneider jetzt das Wort.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Oh, der Chef selber! –
Danny Freymark (CDU): So ist er! –
Paul Fresdorf (FDP): Manchmal schon!]

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die euphorische Einladung, das Wort zu ergreifen!

[Frank-Christian Hansel (AfD): Bitte sehr! –
Zuruf von Stefan Förster (FDP)]

Wir haben ja nun eine Menge auf der Tagesordnung und ich will mich mal auf den FDP-Antrag kaprizieren, der den Senat auffordert, eine abstrakte Normenkontrolle gegen das heute unterschriebene und verkündete Gesetz, gegen §§ 28b und 28c Infektionsschutzgesetz, einzuleiten. Das werden wir natürlich nicht tun; das ist ein reiner Schaufensterantrag. Wenn Sie den da gestellt hätten oder durchgesetzt hätten, wo Sie in der Landesregierung sitzen, dann hätte ich gesagt: Chapeau! –, aber den nun

ausgerechnet hier aus der Opposition einzubringen, das macht das eher zu etwas Niedlichem, Herr Kollege Fresdorf.

Warum werden wir das nicht tun? – Es gibt keine Rechtsschutzlücke insoweit; jeder Bundesbürger, jede Bundesbürgerin kann hier in Jahresfrist Verfassungsbeschwerde einreichen, das ist ja auch von der FDP bereits angekündigt. Das ist der einzige Unterschied: Die abstrakte Normenkontrolle kann eben nur eine Landesregierung, ein Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestags oder die Bundesregierung einreichen, und sie ist nicht fristgebunden.

Insoweit ist das also ein reiner Schaufensterantrag; es gibt mir aber Gelegenheit, zur Sache selbst zu reden. Aus Berliner Sicht, aus der umsichtigen Politik des Senats verändert sich jetzt mutmaßlich am Sonntag etwas im marginalen Sektor; Museen etc. betreffend. Insoweit: Aus Berliner Sicht haben wir es bei der Bundestagsnovelle mit einer verfassungsrechtlich zweifelhaften nächtlichen Ausgangssperre und prosaischem Annex zu tun. Das ist unsere Rechtsauffassung in der SPD-Fraktion; ich will das aber hier gar nicht weiter auseinandersetzen, ich will etwas anderes aufgreifen.

[Zuruf von der AfD]

Erstaunlich fand ich, welche Wirkungsmacht eine Formulierungshilfe der Exekutive im Deutschen Bundestag hat; ich bin mir nämlich umgekehrt sehr sicher, dass das in diesem Berliner Abgeordnetenhaus nicht eine solche Wirkungsmacht entfalten würde. Das halte ich für vollkommen ausgeschlossen. Was wir da vorfinden, stimmt mich auch einigermaßen besorgt. Meine Sorge ist, dass das Gesamtsystem ein wenig zu sehr wackelt, und meine Zuversicht ist, dass das nun repariert wird; deswegen will ich etwas zu den mutmaßlichen Motiven dieser Bundestagsnovelle sagen. Nach meiner Auffassung sind das nicht nur die naheliegenden, sondern die mutmaßlich versteckten Motive – die versteckt man natürlich hinter so etwas Offenkundigem. Das Offenkundige ist ja offensichtlich die Gleichbehandlung, die Gleichsteuerung der Pandemie bundesweit. Das ist die Geschichte, die sie ja jetzt auch unter dem Rubrum „Die Ministerpräsidenten konnten sich nicht mehr einigen“ vorgetragen haben. Das ist das von der Bundeskanzlerin auch in der Presse angeschobene Motiv. Ich sehe noch zwei weitere.

Vor Monaten hat die SPD-Fraktion bereits darauf hingewiesen, dass bei der Dauer und Intensität, Eingriffstiefe dieser Grundrechtsmaßnahmen wohl offenkundig ein Fall des Parlamentsvorbehalts, des Gesetzesvorbehalts gegeben ist. Das haben wir hier im Plenum auseinandergesetzt; das hat keine Rolle gespielt, die Steuerung über Rechtsverordnung blieb, und sie hat ja auch bisweilen gehalten: Wenige Rechtsverordnungen wurden von den OVGs verworfen – aber keine Rechtsverordnung wurde wegen dieses Grundes verworfen. Wir haben darauf hingewiesen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, dass die

(Torsten Schneider)

Hauptsacheverfahren zur Entscheidung anstehen. Das erste Hauptsacheverfahren ist im Landesverfassungsgerichtshof Sachsen-Anhalt gelaufen, und da sind die Coronaverordnungen, soweit sie zum Beispiel Ausgangssperren anbelangen, in die Luft gejagt worden, weil der Parlamentsvorbehalt eben nicht beachtet wurde.

[Beifall von Andreas Wild (fraktionslos) –
Jeannette Auricht (AfD): Sehr gut! Bravo!]

Und das wird es jetzt hundertfach geben: dass die Gerichte – die Judikative – sich jetzt nicht mehr selbst auf eine summarische Prüfung beschränken werden, nicht mehr beschränken wollen und nicht mehr beschränken können. Das führt mich auch zu meiner Analyse, dass das Bundesverfassungsgericht sich hier selbstverständlich befasst, und zwar im einstweiligen Rechtsschutz.

Der dritte Grund scheint mir eher epidemiologisch zu sein. Die Verheißung, die Sie, Herr Kollege Zeelen, jetzt wieder hier reingebracht haben, oder auch die Wortwahl: Wir sind in einer zweiten Pandemie – das ist ja die Rhetorik, die wir seit einem Jahr erleben. Ein vergleichbarer Fall ist: Schule ist der sicherste Ort – und was weiß ich, Ansteckungen kommen nicht von innen und außen – und sonst was für Zeug. Ich sehe das nicht so. Dass Viren mutieren – und zwar tausendfach, jeden Tag –, das ist bekannt. Wir sind in der ersten Pandemie. Der Begriff „zweite Pandemie“ hat natürlich einen Sinn: Er kennzeichnet zutreffend die erhöhte Gefahr. Der tiefere Sinn ist aber, zu sagen: In der ersten Pandemie haben wir keine Fehler gemacht.

Die Datenanalysen der Wissenschaft, zum Beispiel der Universität Saarbrücken, sagen uns: Wir kommen mit der Impfstofflieferung nicht mehr vor und auch nicht mehr unter die dritte Welle, es sei denn, wir würden 2 Millionen Dosen pro Woche verimpfen; ansonsten ist jetzt schon eine vierte Pandemiewelle projizierbar. Das ist das dritte mutmaßliche Motiv: dass es nämlich eine politische Einschätzung gibt, dass man einen vierten Lockdown nicht fahren kann. Das Ergebnis davon – und davon bin ich überzeugt – ist, dass wir jetzt einen auch unter zeitlichen Aspekten kritischen, dauerhaften Lockdown, so, wie es das Gesetz anlegt, nämlich bis Ende Juni, erleben werden.

[Marc Vallendar (AfD): Sagen wir
schon seit über einem Jahr!]

– Aber, mit Verlaub, was Sie sagen, das geht hier rein und da raus.

[Marc Vallendar (AfD): Aber wir haben doch
recht behalten!]

– „Recht behalten“ ist keine politische Kategorie. Sie sagen seit einem Jahr, dass Sie einen Aluhut aufhaben – und da sind wir uns in den übrigen fünf Fraktionen einig, dass das nicht der Fall ist.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der LINKEN –
Georg Pazderski (AfD): Ihr Problem
liegt in der Koalitionsentscheidung!]

Die politische Einschätzung – ich teile sie: Es wäre gesellschaftspolitisch eine unglaublich große, fast nicht mehr zu bestehende Herausforderung, noch mit einem vierten Lockdown steuern zu müssen. Aber ob das rechtefertigt, jetzt mit einer nächtlichen Ausgangssperre, von der man selber sagt, die sollen sich mal nicht so haben, die Bürger, da schlafen doch sowieso alle –, also von der man den inneren Widerspruch in der Argumentation offenlegt, dass sie gar keine hinreichende epidemiologische Wirkung – –

[Georg Pazderski (AfD): Hat die SPD nicht im Bundestag
zugestimmt? Was reden Sie denn da?]

– Anders als Sie haben wir kein Politbüro und die Meinungsfreiheit. Kümmern Sie sich doch um Ihren Kram! Ich vertrete hier meine Auffassung und die der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN –

Georg Pazderski (AfD): Aha! Schaufensterreden!]

Ich kann Sie beruhigen: Auch das Land Berlin hat auf diese verfassungsrechtliche Vakanz hingewiesen in seiner Stellungnahme.

[Georg Pazderski (AfD): Sie haben sich
doch heute enthalten!]

– Es gab gar keine Abstimmung. Mensch, Herr Pazderski! Sie reden wirklich ein Blech, einen Quatsch!

[Steffen Zillich (LINKE): Der hat doch keine Ahnung!]

Das ist ja kniende Ameise. Mensch, Junge! Das ist ja nicht auszuhalten.

[Zuruf von der AfD]

Reden Sie doch mal über etwas, wovon Sie was verstehen, vom Strammstehen und Stechschritt. Himmel! Kann ja nicht wahr sein. – Also: Ich will jetzt noch mal zurückfinden zu meiner Einschätzung: Das, was ich jetzt wieder als Beruhigungspille der CDU gehört habe – –

[Georg Pazderski (AfD): Arme Argumentation!]

– Das ist pathologisch, mein Lieber!

[Georg Pazderski (AfD): Ja, bei Ihnen wahrscheinlich!
Das sitzt zwischen den Ohren bei Ihnen! –
Steffen Zillich (LINKE): Der hat seine Medikamente
nicht genommen!]

– Sie sind keines meiner Kinder, sonst hätte ich Ihnen jetzt eine passende Antwort gegeben; die hätte aber auch zu Ihrem Intellekt gepasst.

(Torsten Schneider)

[Georg Pazderski (AfD):
Und Sie keiner meiner Soldaten! –
Lachen]

– Das glaube ich.

Das, was die Kollegen der CDU hier vorgetragen haben, erinnert mich an folgendes Bild: Es wird ja genug Impfstoff kommen. Während Herr Wegner gesagt hat, dass wir noch in die Produktionsausweitung, in die Lizenzierung gehen müssen, kommt jetzt der gesundheitspolitische Sprecher und sagt: Macht euch mal keine Sorgen! Wird schon alles! – Das ist das Bonbon, das auf dem Kindertisch liegt. Und jetzt kommt die Idee: Einer kann es lutschen, und zwei sollen darüber entscheiden. Weil sie sich nicht einigen können, holen sie noch zehn dazu – also die Betriebsärzte und sonst wen. – Meine lieben Kollegen! Es liegt am Impfstoff, der da ist, nicht an den Menschen, die ihn verimpfen könnten – das ist doch die nackte Wahrheit –, und da ist das Defizit nach wie vor vorhanden.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Steffen Zillich (LINKE) –
Zuruf: Der Impfstoff, der nicht da ist!]

Wissen Sie: Jetzt kann man das auch mal frei heraus sagen, denn jetzt ist ja ein positiver Effekt eingetreten, nämlich der Gesetzesvorbehalt ist zumindest erst einmal formal erfüllt. Ob das verfassungsrechtlich hält – ich habe das ja deutlich gemacht –, da haben wir erhebliche Zweifel, und zwar sehr erhebliche Zweifel: abstrakt und auf der Zeitachse. Aber dass wir gar nichts mehr tun können, das kann doch keine ernsthafte Alternative sein; das ist doch keine wirkliche Option.

Ich habe ein Problem aus Berliner Landessicht, zwei.

[Paul Fresdorf (FDP): Den Senat – und was noch? –
Lachen bei der FDP und der AfD]

– Das ist problematisch in der Opposition, ich weiß. – Was passiert jetzt eigentlich in der Abgrenzung von § 28a zu § 28b? Das ist doch eine Frage, die jetzt im Raum ist, und zwar folgendermaßen: Ja, gegen das Gesetz muss man zum Verfassungsgericht gehen, aber ein Bundesland, das unter einer Inzidenz von 100, 150 oder 165 final steuern will – ich prognostiziere: Das ist unmöglich geworden,

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

weil das wieder der Verwaltungsgerichtsbarkeit zugeleitet werden kann, und die natürlich sagen: Die Finalität ist in der Einschätzungsprärogative des Bundesgesetzgebers eben bei diesen Inzidenzen angelegt! – Wir werden keine Gaststätte mehr schließen unter einem Wert von 100 usw.

[Jeannette Auricht (AfD): Sehr gut! –
Tommy Tabor (AfD): Sind doch alle zu!]

Im Schulsektor von Präsenzunterricht zu sprechen und den Teilungsunterricht ab einem Wert von 100 zuzulassen – das kann im Extremfall bedeuten, dass man unter

einem Wert von 100 nicht mal Teilungsunterricht machen kann. – Das sind Probleme, die man ernst nehmen muss.

Der ursprüngliche Entwurf der Bundesregierung, diese Sprechzettel formulierungshilfe, hatte noch einen weiteren interessanten Aspekt. Da wurde in § 1 Abs. 1 auf § 28a Abs. 3 Satz 13 verwiesen.

[Stefan Förster (FDP): Ich dachte, Satz 14!]

– Satz 13 war es! – Das war das Dashboardhopping. Da hat natürlich unter den Einäugigen einer im Bundestag gesehen, dass das absurd ist: 80 Millionen Menschen sollten – 30 Millionen von ihnen haben gar kein Internet – täglich auf das Dashboard des RKI – RK-wer?, fragt dann Anna Kasupke – gehen, um sich selbst sozusagen unter Hausarrest zu stellen und das einzuschätzen. Das ist natürlich absurd. Ob es jetzt besser ist, da mache ich mal ein Fragezeichen, denn jetzt hat man formuliert: „Die nach Landesrecht zuständige Behörde“ – das sind in Flächenstaaten die Landkreise – sollen „in geeigneter Weise“ mitteilen, wann denn der Zeitpunkt eingetreten ist. – Ich weise nur mal mit aller Vorsicht darauf hin. Wir haben über 400 Landkreise und kreisfreie Städte. Das mag in Berlin noch gehen, dass man das ans Rathaus annagelt, aber woher ich weiß, ob ich nach Buxtehude fahren darf oder mich da mutmaßlich kriminalisiere, das ist offen.

Ein letzter Aspekt – ich will das nämlich nicht in die Länge ziehen; ich glaube, wir haben deutlich gemacht, ohne uns zu distanzieren, auch in der politischen Einordnung, worum es hier geht –: Wir brauchen die Impfstoffversorgung, und wir brauchen ein Medikament. Nach der Bestellweise und dem Impfdesaster, das wir nun seit einem Jahr erleben, hätte ich mir eigentlich nicht vorstellen können, dass es noch schlimmer kommt – bis mir ein Kollege, unserer Fraktion oder uns allen, mitteilte, und das hat dann Erinnerungen ausgelöst: Na, Mensch, es gibt inzwischen sogar ein Medikament! – Es ist ein Medikament, das nach Einschätzung der Berliner Charité dazu führt, dass, früh vergeben nach einem positiven PCR-Test, die Hospitalisierungsrate bei Risikopatienten um 70 Prozent fällt.

[Frank-Christian Hansel (AfD):
Ein Asthmamittel ist das!]

– Sie sind aus dem Tal der Ahnungslosen, wie immer. – Dieses Präparat wurde am 24. Januar in allen Bundesmedien von Herrn Spahn gepriesen. Da hat er mal was Vernünftiges gemacht: Er hat 200 000 Dosen gekauft. Seit drei Monaten ist das Zeug nicht zugelassen; es musste erst ein Brief aus der gesamten SPD-Bundestagsfraktion dafür sorgen, dass es zehn Stunden gebraucht hat, bis auf einmal die Nachricht kam: Das wird jetzt zugelassen! – In den Praxen ist es immer noch nicht.

[Zuruf von Florian Kluckert (FDP)]

Da müssen Sie mal überlegen, auf welchem Universumsstern Sie kreisen.

(Torsten Schneider)

[Ülker Radziwill (SPD): Hört, hört!]

Aber ich muss zum Schluss doch noch mal etwas sehr deutlich sagen, und da schließe ich mich nun wiederum dem Kollegen Zeelen vollkommen an: Wir wissen, dass man eine Pandemie nicht dauerhaft gesellschaftspolitisch mit Steinzeitmethoden bekämpfen kann. Wir haben erhebliche Zweifel, dass man die Bevölkerung ohne messbaren Effekt in die Wohnungen einschließen und einsperren kann.

[Marc Vallendar (AfD): Sie tun es trotzdem! –

Georg Pazderski (AfD): Sie haben doch zugestimmt!]

– Ich habe überhaupt nicht zugestimmt.

[Georg Pazderski (AfD): Doch, die SPD!]

– Sie müssten mal überlegen, was Mandat eigentlich bedeutet.

[Tom Schreiber (SPD): Ist die Hausaufgabe heute! –
Weiterer Zuruf von der SPD]

An dem Tag, als Europa Johnson & Johnson als Impfstoff zulässt, am selben Tag, als der CEO von Pfizer erklärt, dass wir zur vollständigen Immunisierung eine dritte Dosis brauchen, kann man auf zwei Weisen mit den unter Druck geratenen Vektorimpfstoffen umgehen: Man kann sich wie Bundespräsident Steinmeier oder Bundeskanzlerin Merkel damit impfen lassen oder schweigen, wenn man Bedenken hat – das zeichnet dann Regierungsverantwortung und -fähigkeit aus –, oder man erklärt öffentlich als exponiertes Regierungsmitglied, dass alle Vektorimpfstoffe, 100 Millionen Dosen in Deutschland, des Teufels Zeug sind und die sowieso keiner mehr haben will.

[Silke Gebel (GRÜNE): Das hat sie nicht gesagt!]

Da haben Sie uns nicht an Ihrer Seite. Das ist ja wirklich das Letzte, was ich in den vergangenen Wochen gehört habe. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Carsten Schatz (LINKE)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Tabor jetzt das Wort.

[Torsten Schneider (SPD): Entschuldigung bei allen!
Ich hatte keine Maske auf!]

Tommy Tabor (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Eltern! Liebe Berliner! Wir sind nicht die Franzosen, die bei aufkommenden Ungerechtigkeiten sofort auf die Straße gehen, um für ihre Freiheitsrechte zu demonstrieren.

[Zuruf von der AfD: Leider!]

Doch selbst in unserem Land bewegt sich allmählich etwas. Es sind nicht Betroffene einzelner Branchen wie Bauern, Künstler, Soloselbstständige, Hoteliers oder Gastronomen, die auf die Barrikaden gehen, obwohl sie allen Grund dazu hätten.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Es sind die Eltern, denen der Kragen platzt. Es sind die Eltern, denen man seit einem Jahr Coronamärchen erzählt. Der Staat ist wie die lügende Ziege bei „Tischlein, deck dich!“: nie satt, will immer mehr und tischt allen Märchen auf.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Es dauert offenkundig so seine Zeit, bis der Groschen fällt, dank gelenkter Staatsmedien und betreutem Denken.

[Heiterkeit bei der AfD]

So dauerte es über ein Jahr, und es musste wohl erst der Angriff auf das Wohl unserer Kinder sein, bis endlich gegen die irrwitzigen Coronamaßnahmen aufbegehrt wird. – Keine Fragen! –

[Torsten Schneider (SPD): Ach ja!]

Ich ergreife heute unter anderem für die jüngsten Kinder und ihre Eltern das Wort,

[Torsten Schneider (SPD): Aber nicht
für meine Kinder, Herr Kollege! –

Lars Düsterhöft (SPD): Für meine auch nicht!]

denn ich bin als Vater von vier Kindern, die alle im Kindergartenalter sind, selbst von den unverhältnismäßigen Coronamaßnahmen betroffen.

Ich kann die Wut und die Sorgen verstehen, die sich genau jetzt wegen der verpflichtenden Selbsttest in den Schulen Bahn bricht. Derweil will man zeitversetzt auch die Selbsttest für Kindergartenkinder verpflichtend einführen – darüber hinaus, ohne geklärt zu haben, wer die Tests letztendlich durchführen soll. – Frau Scheeres, das geht gar nicht. – Es ist die Wut darüber, wie sich der Staat in Elternbelange einmischt. Es ist die Wut darüber, wie misstrauisch die Bundesregierung, die Länderregierung gegenüber den Eltern sind.

Da waren die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes vor über 70 Jahren schon viel weiter. Sie haben weise erkannt, dass die Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht ist.

[Beifall bei der AfD]

Der Staat hat sich rauszuhalten. Eltern, die sich eine Fremdbetreuung ihrer Kinder in einer Kita wünschen oder darauf angewiesen sind – davon gibt es ziemlich viele –, um ihrer Arbeit nachgehen zu können, sind das Hü und Hott des Senates leid.